Grundschul verband Baden-Württemberg

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026

Unsere Fragen	Antworten FDP/ DVP	Antworten SPD	Antworten CDU	Antworten GRÜNE
1. Programme & Prioritäten der nächsten Legislaturperiode Nach jahrelanger Vernachlässigung der Grundschule hat sich der Trend inzwischen umgekehrt: Diese werden mit Aufgaben, Programmen, Tests regelrecht überschüttet. Die Ressourcenvergabe erfolgt aber so stark reguliert, dass für die Schulen eine deutliche Mehrbelastung ohne entsprechenden Ausgleich im Hinblick auf Überlastung erfolgt. **Welche konkreten Programme plant Ihre Partei für die nächste Legislatur? Was muss fortgeführt werden, was wird beendet – und nach welchen Kriterien priorisieren Sie (Wirkungsnachweise, Reichweite, Kosten-Nutzen)?**	Wir Freie Demokraten wollen, dass Grundschulen wieder verlässlich arbeiten können, statt ständig neue Zusatzaufgaben bewältigen zu müssen. Deshalb setzen wir in der nächsten Legislaturperiode auf einen klaren Kurs: weniger kleinteilige Steuerung aus dem Ministerium und mehr Verantwortung sowie Handlungsspielraum vor Ort. Wir priorisieren Maßnahmen danach, ob sie Unterricht und Schulleben nachweislich verbessern, Schulen spürbar entlasten und mit den verfügbaren personellen Ressourcen realistisch umsetzbar sind. Vorrang haben daher der Abbau von Bürokratie, die Stärkung und der Ausbau multiprofessioneller Teams sowie verlässliche Rahmenbedingungen, damit Grundschulen nicht dauerhaft mit neuen Programmen überfrachtet werden. Wir wollen dort fortführen und ausbauen, wo Qualität, Wirksamkeit und Umsetzbarkeit überzeugen und dort beenden oder verschlanken, wo vor allem zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht. Unser Ziel ist ein Schulsystem mit Planbarkeit, klaren Zielen und stabilen Vorgaben, damit Grundschulen Zeit und Kraft für gute Bildung haben.	Priorität hat für uns eine Unterrichtsgarantie für Baden-Württemberg – denn immer noch fällt an unseren Schulen zu viel Unterricht aus. Die SPD macht sich dafür stark, dass mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt sowie die Krankheitsvertretungsreserve und multi-professionelle Teams ausgebaut werden. Außerdem möchten wir Schulleitungsreferentinnen und Schulleitungsreferenten zur Entlastung der Schulleitungen einstellen und das Modell der Anrechnungsstunden überarbeiten. Denn für die SPD ist klar: Unsere Lehrkräfte brauchen mehr Unterstützung und müssen sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: das Unterrichten! Zudem möchten wir als sozialdemokratische Partei die gebührenfreie Kita einführen und das letzte Kindergartenjahr verpflichtend machen, um die Startchancen in der Grundschule für alle Kinder zu verbessern. Die Einführung der verbindlicheren Grundschulempfehlung – eingeführt von Grün-Schwarz – machen wir rückgängig. An den Grundschulen möchten wir Schülerinnen und Schüler mit zusätzlicher Lesezeit und verpflichtendem und kostenlosem Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler, deren Note schlechter als vier sind, unterstützen. Um Schülerinnen und Schüler zielgerichteter unterstützen zu können, ist es wichtig, Gruppen teilen zu können – hierzu sind auch in der Grundschule Poolstunden notwendig. Mit der datengestützten Qualitätsentwick-lung werden wir Förderprogramme zielgerichteter einsetzen und deren Wirkung überprüfen. Die SPD tritt für die Weiterentwicklung der Inklusion ein. Sie ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar. Sie muss an allen Schularten und Schulen erfolgreich umgesetzt werden – dafür werden wir uns einsetzen. Unter anderem streben wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip an und eine gesicherte, vom Land unterstützte Finanzierung der Schulbegleitungen. Perspektivisch möchten wir das baden-württembergische Schulsystem zu einem Zwei-Säulen-System ausbauen. Bei all diesen Vorhaben werden wir stets die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte im Blick behalten und für Entlastung sorgen. Unter anderem werden wir uns um eine neue Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte bemühen und Verwaltungsvorgänge weiter digitalisieren. Bildung hat für uns einen hohen Stellenwert – das wird sich im Haushalt widerspiegeln.	Das Sprachförderkonzept SprachFit wird umgesetzt. An Grundschulen werden Sprachförderstunden und Maßnahmen der durchgängigen Sprachbildung verankert, um den Integrations- und Lernerfolg zu unterstützen. Wir möchten flächendeckend eine digital gestützte Lernverlaufsdiagnostik für Deutsch und Mathematik einsetzen, die Lehrkräften und Kindern regelmäßige Rückmeldungen zu Lernfortschritten gibt und evidenzbasierte Fördermaßnahmen auslöst. Die CDU-Landtagsfraktion möchte die Ressourcenzuweisung stärker an den konkreten Problemlagen der Schulen und ihrer Schülerschaft ausrichten und multiprofessionelle Teams, insbesondere an Standorten in sozial benachteiligten Lagen, ausbauen. Modellversuche und Förderprogramme sollen zügig evaluiert werden, um wirksame Ansätze zu verstetigen.	Unser bildungspolitischer Schwerpunkt liegt klar auf den ersten Bildungsjahren. Denn hier entscheidet sich, wie erfolgreich Bildungs-biografien verlaufen. Die Grundschulen in Baden-Württemberg stehen vor wachsenden Anforderungen, während personelle und zeit-liche Ressourcen vielerorts an ihre Grenzen stoßen. In der aktuellen Legislaturperiode haben wir Baden-Württembergs Grund-schulen deshalb bereits spürbar gestärkt. Die entsprechenden Maßnahmen müssen nun flächendeckend verankert, verstetigt und weiterentwickelt werden. Mit SprachFit haben wir eine verbindliche Sprachförderung von der Kita bis zur Grund-schule etabliert. Das Startchancen-Programm stärkt gezielt Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Das trägt zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit sowie zur Stärkung der Basiskompetenzen bei. Auch mit dem Programm Starke BASIS! fördern wir darüber hinaus sprachliche und mathematische Kompetenzen systematisch. Die sozialindexbasierte Ressourcensteue-rung stellt sicher, dass zusätzliche Mittel gezielt dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Diesen Weg setzen wir konsequent fort. SprachFit wird dauerhaft fortgeführt und um mathematische Vorläuferfähigkeiten erweitert. Um alle Kinder schon vor dem Schulstart fördern zu können und Eltern finanziell zu entlasten, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr einführen. Das Startchancen-Programm wol-len wir schrittweise auf weitere Einrichtungen ausweiten. Dabei setzen wir auf den Sozial-index, um zusätzliche Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Wir bauen multiprofessio-nelle Teams weiter aus, um Lehrkräfte im Alltag zu entlasten. An allen Startchancen-Schulen sollen Kinder ein ausgewogenes, nachhaltiges und kostenfreies Mittagessen erhalten. Zudem können sich Grundschulen zu Familiengrundschulzentren weiterent-wickeln und so zu zentralen Anlaufstellen mit Unterstützungsangeboten für Familien im Quartier werden. Unsere Priorisierung folgt klaren Kriterien und dem Leitsatz „Auf den Anfang kommt es an": Unser Maßstab sind wissenschaftliche Erkenntnisse und die regelmäßige Evaluation unserer Programme. Solche mit nachweisba-rem Nutzen werden fortgeführt und weiterentwickelt, Maßnahmen ohne ausreichende Wirkung beendet oder verschlankt. Bürokratie und Doppelstrukturen bauen wir konsequent ab. Ressourcen und Unterstüt-zung fließen gezielt dorthin, wo die Heraus-forderungen am größten sind und wo sie Schulen tatsächlich entlasten.

2. Bildungsziele: Wie wichtig ist Ihrer Partei eine Grundschulbildung, die über Lese-, Schreib- und Rechentrainings hinausgeht? Im Fokus vieler der oben genannten Maßnahmen stehen aktuell Basiskompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen. **Wie stellen Sie sicher, dass Elemente einer allseitigen Bildung nicht verdrängt werden – insbesondere demokratische Bildung, soziales und emotionales Lernen, Ethik, Ästhetik/Kulturelle Bildung, Sport und digitale Bildung?**	Wir Freie Demokraten halten es für richtig, die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen konsequent zu stärken. Gleichzeitig lehnen wir eine Verengung der Grundschule auf diese Bereiche ab. Die Grundschule ist der Ort, an dem Kinder Lernen als ganzheitlichen Prozess erfahren sollen. Dazu gehören soziales und emotionales Lernen, demokratische Bildung, kulturelle und ästhetische Bildung, Bewegung und Sport sowie eine altersgerechte digitale Bildung. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Ethikunterricht bereits in der Grundschule verlässlich angeboten wird, um Wertevermittlung, Orientierung und die Fähigkeit zum respektvollen Umgang miteinander frühzeitig zu stärken. Wir wollen, dass diese Bildungsbereiche verbindlich im Schulalltag verankert bleiben und nicht durch kurzfristige Schwerpunktsetzungen verdrängt werden. Wertebildung und Orientierung für ein respektvolles Miteinander sollen früh beginnen. Gute Grundschulen brauchen aus unserer Sicht ausreichend Zeit, ausreichend Personal und verlässliche Strukturen, damit Bildung umfassend wirken kann.	Die Schule ist für uns nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des sozialen Miteinanders. Natürlich liegt der Fokus auf der Stärkung der Basiskompetenzen, aber auch das Erlernen anderer Fähigkeiten in der Grundschule ist essenziell. Die SPD setzt sich daher für den Ethik-Unterricht ab Klassenstufe 1 ein und fordert mehr Bewegung im Unterrichtsalltag. Kulturelle Bildung möchten wir durch Kulturbotschaf-terinnen und Kulturbotschafter an den Schulen stärken. Demokratiebildung und Medienbildung müssen fächerübergreifend stattfinden – bereits an den Grundschulen. Im Rahmen des Ganztags möchten wir die Zusammenarbeit von Grundschulen mit Musikvereinen und Sportvereinen weiter stärken. Dafür werden wir von der SPD einen Fonds in Höhe von 20 Millionen Euro auflegen. Da uns bewusst ist, dass neben den Basiskompetenzen auch das soziale Lernen von großer Bedeutung ist, möchten wir Schulstunden oder AG-Stunden bereitstellen, damit Programme wie „Klassenrat“ flächendeckend eingeführt und umgesetzt werden können.	Die CDU-Fraktion sieht Bildung als ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern, die über die verlässliche Vermittlung der Basiskompe-tenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) hinausgeht. Es geht um die Entfaltung personaler, fachlicher, methodischer und sozialer Kompetenzen, basierend auf den Bildungsplänen. Insbesondere der schulische Ganztag eröffnet neben dem Kerncurriculum Möglichkeiten kognitives, soziales und emotionales Lernen zu verbinden. Die CDU-Fraktion befürwortet vor diesem Hintergrund auch eine verlässliche Kooperation mit außerschulischen Partnern.	Die Grundschule ist der Ort, an dem die entscheidende Basis für den weiteren Bildungsweg aller Kinder gelegt wird. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die unverzichtbare Grundlage für Bildungserfolg. Für uns Grüne sind Basiskompetenzen jedoch niemals Selbstzweck. Wir stehen für eine ganzheitliche Bildung, die Kinder von Anfang an in ihrer Persönlichkeit stärkt. Wir wollen junge Menschen befähigen, sich zu entfalten und die Fähigkeiten zu erwerben, die sie für gesellschaftliche Teilhabe und die Arbeitswelt von morgen brauchen: Demokratiebildung, soziales und emotionales Lernen, Medienkompetenz, künstlerisch-musische Bildung und Bewegung sind daher feste Bestandteile unseres Bildungsverständnisses und dürfen nicht durch eine einseitige Fokussierung auf Leistungsüberprüfungen verdrängt werden. Wir stehen für ein Leistungsprinzip, das auf intrinsischer Motivation basiert. Wir wollen Kindern die Freude an Leistung vermitteln, ohne sie in Konkurrenzdenken zu drängen. Statt Selektion und Auslese setzen wir auf moderne und integrative Bildungsorte, projektbasiertes Lernen und interdisziplinäre Aufgaben. In einer solchen Kultur entdecken Kinder ihre eigenen Stärken und Talente, entwickeln Selbstvertrauen und lernen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Um ganzheitliche Bildung im Grundschulalltag tatsächlich abzusichern, fördern wir Strukturen, die über den einzelnen Unterricht hinauswirken. Wir stärken soziales und emotionales Lernen durch multiprofessionelle Teams, die unterschiedliche Professionen in die Schule einbringen. Schon in den Grundschulen werden die entscheidenden Grundlagen für Medien- und digitale Bildung gelegt, indem Kinder spielerisch lernen, digitale Inhalte kompetent, kritisch und verantwortungsvoll zu nutzen. Kulturelle Bildung sowie Sport und Bewegung sollen essenzieller Teil der Schulentwicklung sein. Wir setzen uns für einen modernen und differenzierten Sportunterricht ein, der auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingeht, mit Fokus auf Motivation, Gesundheitsförderung und Freude an Bewegung, wobei großer Wert auf die Vermittlung von sozialen Werten wie Teamgeist, Fairness und Respekt gelegt wird. Das Fach Ethik wollen wir stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um allen Kindern und Jugendlichen ein Angebot zu den großen Fragen von Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anzubieten. Wir stärken die Erinnerungskultur und stellen uns Antisemitismus klar entgegen. Damit allseitige Bildung nicht vom individuellen Engagement Einzelner abhängt, sondern im Alltag verlässlich gelingt, setzen wir auf längeres gemeinsames Lernen, einen rhythmisierten Ganztag und inklusive Schulentwicklung. Diese Strukturen schaffen Zeit, Räume und Verbindlichkeit für demokratisches Lernen, kulturelle Bildung und soziale Entwicklung. Zehn Jahre nach Einführung der Leitperspektiven in den Bildungsplänen (Bildung für nachhaltige Entwicklung, Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Verbraucherbildung und berufliche Orientierung) wollen wir deren Wirksamkeit evaluieren und ihre Umsetzung im Unterricht weiterentwickeln und verbindlicher gestalten. Die Grundschule muss zum Lebensraum werden, in dem Kinder ganzheitlich gefördert werden.

3. Inklusion & Demokratie (UN-BRK) Die Schule der Zukunft muss inklusiv und demokratisch sein. Das bestehende System ist seinem Wesen nach weiterhin stark selektiv. **Wie erfüllen Sie die rechtliche Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention und entwickeln das System zu echter Inklusion weiter (Strukturen, Ressourcen, Qualifizierung, Monitoring)?**	Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer inklusiven und demokratischen Schule, in der jedes Kind bestmöglich gefördert wird. Inklusion gelingt jedoch nur, wenn sie mit den notwendigen Ressourcen, qualifiziertem Personal und passenden Strukturen unterlegt ist. Wir setzen auf Wahlfreiheit und passgenaue Lösungen für Kinder und ihre Familien. Ein hochwertiges inklusives Angebot an allgemeinen Schulen ist ebenso wichtig wie starke sonderpädagogische Angebote. Zentrale Bedeutung messen wir der Zusammenarbeit und Verzahnung unterschiedlicher Förderorte bei. Wir wollen die Qualifizierung aller beteiligten Professionen stärken, multiprofessionelle Teams ausbauen und klare Qualitätsstandards sichern. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Entwicklung inklusiver Bildung transparent begleitet wird, mit überprüfbaren Zielen und regelmäßiger Berichterstattung, damit Fortschritte sichtbar und steuerbar werden.	Für die SPD ist klar: Inklusion ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar. Daher setzen wir uns für mehr multiprofessionelle Teams und perspektivisch für die Umsetzung des Zwei-Pädagogen-Prinzips ein und die Umsetzung von Inklusion an allen Schularten und allen Schulen. Die SPD fordert, dass alle Schularten einen inklusiven Bildungsansatz adaptieren und diesen mithilfe von individuellen „Inklusionsentwicklungsplänen“ (IEP) umsetzen und an die individuellen Gegebenheiten vor Ort anpassen. In diesem sollen die Schulen aller Schularten im Rahmen ihrer Profil- und Leitbildentwicklung das Thema Inklusion aufgreifen und individuelle Konzepte für ihre Schule erarbeiten. Auch notwendige Veränderungen sollen darin festgehalten werden. Des Weiteren muss auch für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf die uneingeschränkte Teilnahme an Ganztagesangeboten ermöglicht werden. In diesem Sinne fordern wir als SPD eine klare Rollen- und Aufgabenbeschreibung sowie eine daran angepasste Qualifizierung der Schulbegleitung, die zur Umsetzung der Inklusion an Schulen beitragen. Für die Finanzierung der Schulbegleitung muss die Landesregierung eine dauerhafte Einigung mit den Kommunen finden. Wir als sozial-demokratische Partei werden eine Ausbildungsoffensive im Bereich Sonderpädagogik starten und den Inklusionsgedanken in der Lehrkräfteaus-bildung stärker verankern. Wir fordern, dass Inklusion verpflichtender Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge ist, prüfungsrelevant wird und als grundlegende Unterrichtsform verankert wird. Inklusive Unterrichtsstruk-turen und Konzepte müssen eine größere Rolle in den Lehrplänen spielen. Auch in der Lehrkräftefortbildung muss Inklusion stärker berücksichtigt werden. Außerdem werden wir Inklusion in die sozialindexbasierte Ressourcensteuerung aufnehmen.	Inklusion ist nur dort leistbar, wo vor Ort tragfähige Strukturen aus Lehrkräften, Räumen und Ausstattung bestehen. Den Einsatz von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie Schulbegleitungen wollen wir zielgerichteter koordinieren. Lehrkräfte, die keine Sonderpädagogen sind und in inklusiven Settings tätig werden sollen, sind im Vorfeld qualitativ hochwertig fortzubilden. Tandem-Unterricht bleibt wünschenswert, ist personell jedoch nicht überall leistbar. Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg wird SBBZ als Kompetenzzentren für Sonderpädagogik erhalten und die Unterrichtsversorgung stärken. SBBZ, Außenklassen und inklusive Beschulung an Regelschulen sind gleichrangige Wege. Maßstab des Erfolgs ist die Qualität der Förderung gemessen an den Voraussetzungen und Bedarfen des einzelnen Kindes.	Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, sondern ein klarer Auftrag, das Bildungs-system gerechter, inklusiver und demokratischer zu gestalten. Schule der Zukunft be-deutet, dass alle Kinder, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten, gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Teilhabe und bestmöglicher För-derung haben. Dass unser Schulsystem bis heute stark selektiv agiert, ist eine Realität, der wir uns offen stellen. In Baden-Württemberg wird bereits vielerorts engagierte Arbeit für inklusives Lernen ge-leistet, sowohl an den allgemeinen Schulen als auch in den sonderpädagogischen Bil-dungs- und Beratungszentren. Unser Ziel ist es, diese Stärken weiterzuentwickeln und die Bedingungen so zu verändern, dass mög-lichst viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen können. Inklusion gelingt nur, wenn sie so früh wie möglich ansetzt und als durchgängiger Bil-dungsweg verstanden wird. Inklusion ist Aufgabe aller Kitas und aller Schulen. Deshalb haben wir im frühkindlichen Bereich wichtige Grundlagen gelegt: Mit regionalen Fachbe-ratungen für Inklusion an Kitas haben wir ge-zielt Unterstützung aufgebaut und weiten diese nun landesweit aus. Die Stärkung multiprofessioneller Teams sowie zusätzliche Fachkräfte für Sprachbildung, Sozialarbeit und Inklusion verbessern die Voraussetzun-gen für gelingende inklusive Bildung. Ergänzend dazu tragen die inklusive Öffnung sonderpädagogischer Schulkindergärten und Investitionen in barrierefreie Schulsanie-rungen dazu bei, Teilhabe von Anfang an konkret zu ermöglichen. Ein zentraler Baustein ist die Qualifizierung der Fachkräfte. Mit dem Annelie-Wellensiek-Zentrum für inklusive Bildung haben wir ein beispielhaftes Zentrum geschaffen, in dem Menschen mit Behinderungen selbst als Dozierende tätig sind und Lehrkräfte aller Schulformen in inklusivem Handeln weiter-bilden. Dieses Modell werden wir weiter aus-bauen. Inklusion soll verbindlicher Bestandteil der Lehramtsausbildung werden, zu-gleich stärken wir Fort- und Weiterbildungs-angebote für bereits tätige Lehrkräfte. Gute Inklusion gelingt nur, wenn sie professionell begleitet und strukturell abgesichert ist. Mit einem Aktionsplan wollen wir die Systement-wicklung konsequent voranbringen, mehr gelingende inklusive Bildung an unseren Schulen ermöglichen und die Bedingungen gezielt verbessern. Dieser verbindet klare Ziele mit verlässlichen Ressourcen, flexiblen Regionalbudgets, einer gerechten Personal-ausstattung und einer gemeinsam mit den Kommunen neu abgestimmten Schulbeglei-tung. Entscheidend ist dabei auch ein syste-matisches Monitoring: Wir wollen in enger Abstimmung mit Bildungswissenschaft und Praxis regelmäßig überprüfen, unter welchen Bedingungen inklusive Bildung gelingt, wo Hürden bestehen und wie Maßnahmen wirksam nachgesteuert werden können. Eltern und Kinder sollen die Wahl zwischen guten inklusiven Angeboten und qualitativ hochwertigen sonderpädagogischen Unter-stützungsformen haben. Gleichzeitig behal-ten wir langfristig das Ziel eines einheitlichen inklusiven Bildungssystems im Blick. Inklusion ist kein Sonderthema, sondern Ausdruck eines Verständnisses, das Vielfalt als Stärke begreift und allen Kindern im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gleiche Rechte auf Bildung und Teilhabe garantiert.

4. Längeres gemeinsames Lernen Internationale Befunde belegen Erfolge längeren gemeinsamen Lernens in inklusiven Systemen. **Welche konkreten Schritte des längeren gemeinsamen Lernens (Gesetzesänderungen, Schulversuche, Skalierungsfahrplan, Evaluation) setzen Sie in der nächsten Legislatur auf Ihre ToDo-Liste?**	Wir Freie Demokraten setzen nicht auf pauschale Strukturveränderungen, sondern auf gute Bildungswege für jedes einzelne Kind. Entscheidend ist für uns die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Bildungswege müssen offen bleiben, Wechsel müssen möglich sein, und Schulen müssen Kinder und Eltern gut beraten und begleiten können. Wir halten es jedoch für falsch, das gesamte Schulsystem unabhängig von den örtlichen Voraussetzungen grundlegend umzubauen. Stattdessen wollen wir Kooperationen ermöglichen, wo sie sinnvoll sind, und erfolgreiche Modelle sorgfältig evaluieren. Qualität und Verlässlichkeit stehen für uns dabei immer vor Strukturdebatten.	Vor allem der Umstand, dass der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg immer noch in hohem Maße vom sozioökonomischen Hintergrund abhängt, beschreibt den politischen Handlungsdruck und die Notwendigkeit nachhaltiger Reformen. Daher hat sich die SPD für die Einführung eines Zwei-Säulen-Systems ausgesprochen. Weiteren Maßnahmen zum längeren gemeinsamen Lernen stehen wir offen gegenüber. Die verbindlichere Grundschulempfehlung – eingeführt von der grün-schwarzen Landesregierung – lehnen wir ab.	Wir planen als CDU-Fraktion keine Erweiterung der Grundschulzeit auf sechs Jahre. Das Beispiel Berlin zeigt in den IQB-Bildungstrends keinen entscheidenden Mehrwert.	Die Fakten sind eindeutig: Internationale Stu-dien zeigen, dass längeres gemeinsames Lernen in integrativen und inklusiven Systemen zu mehr Bildungsgerechtigkeit und besseren Lernerfolgen führt. Wir haben in Baden-Württemberg bereits wichtige Schrit-te unternommen: 2012 haben wir die Ge-meinschaftsschule auf den Weg gebracht, die die individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Kon-zepts stellt. Davon profitieren die Leistungs-starken ebenso wie die Schwächeren. Gemeinschaftsschulen sind damit auch Modellschulen für gemeinsames inklusives Lernen. In einem integrativen Bildungsgang hält die Gemeinschaftsschule den Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss bis hin zur Hochschulreife lange offen. Unser Ziel ist ein möglichst flächendeckendes Angebot von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Wir unterstützen Schul-versuche zur digital-hybriden Oberstufe und Oberstufen-Verbünde mit allgemeinbilden-den und beruflichen Gymnasien. Für längeres gemeinsames Lernen braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die inklusive Strukturen an allen Schularten ermöglichen und absichern. Wir wollen geziel-te Schulversuche und Modellregionen erpro-ben und Erkenntnisse darüber gewinnen, wie Ganztag, Inklusion und individuelle Förde-rung im Alltag konkret funktionieren. Parallel dazu entwickeln wir einen verbindlichen Ska-lierungsfahrplan: Erfolgreiche Modelle wer-den zügig auf weitere Schulen ausgeweitet und mit zusätzlichen Ressourcen für Personal in multiprofessionellen Teams und deren Fortbildung hinterlegt. Alle Schritte müssen von einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation begleitet werden, damit sichtbar wird, wo längeres gemeinsames Lernen be-sonders gut gelingt und wo nachgesteuert werden muss. Wir wollen in einem breit angelegten, evi-denz- und wissenschaftsbasierten Bildungsdialog die seit Jahren erbittert geführte Systemdebatte versachlichen, mit dem Ziel die Schullandschaft in Baden-Württemberg übersichtlicher und zukunftsfest aufzustellen.
5. Ganztagsbetreuung ab 2026 Der Gesetzgeber sieht vor, dass ab dem Schuljahr 2026/2027 für alle Eltern die dies wünschen, in den Grundschulen Ganztagsbetreuung angeboten wird. Eine qualitativ hochwertige Ganztagsschule, die die Bedürfnisse aller Kinder in den Mittelpunkt stellt, braucht mehr als einen Zeitrahmen und ein Mittagessen. Die Umsetzung eines echten Ganztagskonzepts schließt den Unterricht mit ein, wenn Bildungsgerechtigkeit und höhere Bildungsqualität ernsthafte Ziele sind. Das erfordert u.a. qualifiziertes Personal, Zeit und Ressourcen für Schulentwicklungsprozesse und auch äußere Bedingungen, die Schule zum Lebensraum für Kinder machen. **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ganztag in der Grundschule qualitativ hochwertig umzusetzen und Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten?**	Wir Freie Demokraten wollen, dass der Ganztag in der Grundschule qualitativ hochwertig ausgestaltet wird und einen echten Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit leistet. Dazu gehören klare Qualitätsstandards, ausreichend qualifiziertes Personal, ein differenzierter Fachkräftekatalog, verlässliche Finanzierung, Verankerung der Hinwirkungspflicht für Kommunen sowie Zeit und Unterstützung für Schulentwicklungsprozesse. Ganztag soll Unterricht, individuelle Förderung, Freizeit, Bewegung und kulturelle Angebote sinnvoll miteinander verbinden. Wichtig ist uns dabei die Wahlfreiheit der Eltern. Ganztag soll ein attraktives Angebot sein, kein verpflichtendes Modell. Alle, die ein Angebot brauchen, müssen auch eines bekommen. Ein verpflichtender Ganztag würde jedoch gerade im ländlichen Raum funktionierende Vereinsstrukturen beschädigen. Gleichzeitig braucht es verlässliche Lösungen für Randzeiten und Ferien, um Familien tatsächlich zu entlasten. Unser Anspruch ist ein Ganztag, der pädagogisch durchdacht ist und Schule als Lebensraum für Kinder stärkt.	Die Ganztagesbetreuung leistetet einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungs-gerechtigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werden wir uns für den Ausbau von Ganztagsschulen – insbeson-dere rhythmisierten Ganztagsschulen – einsetzen und für mehr Verbindlichkeit werben. Aktuell hat Baden-Württemberg hier einen riesigen Nachholbedarf. Nicht ansatzweise ist bisher das vormals definierte Ziel erreicht, dass 70 Prozent der Grundschulen Ganztagsschulen sind. Aus Sicht der SPD ermöglichen es Ganztagsschulen, den Schülerinnen und Schülern eine bessere individuelle Förderung anzubieten, vielseitige Lernchancen zu eröffnen und die Lernerfolge zu steigern. Besonderes Potential für den Zugewinn an Unterrichtsqualität liegt in der Rhythmi-sierung des schulischen Tagesablaufes, denn so kann sinnvoll zwischen Konzentrations- und Entspannungsphasen abgewechselt werden. Studien zeigen, dass die Ganztagsschule auch die Motivation der Schülerinnen und Schüler steigert und bessere Leistungen begünstigt, wenn die rhythmisierten Angebote regelmäßig wahrgenommen werden. Angesichts der klaren Vorteile der rhythmisierten Ganztagsschule spricht sich die SPD dafür aus, dass deren Ausbau gefördert werden. Eine Gleichstellung mit reinen	Ganztägige Bildung ist mehr als ganztägige Schule: kognitives, soziales und emotionales Lernen sollen sich verbinden. Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung hat die CDU- Fraktion eine Betriebskostenfinanzierung von 68 Prozent für kommunale Betreuungsangebote eingebracht. Wir befürworten eine verläss-liche Kooperation mit außerschulischen Partnern. Um Schulleitungen zu entlasten und außerschulische Partner gelingend einzubinden, sollen kommunale Koordinierungsstellen Ganztag und Betreuung umgesetzt werden. Betreuungskräfte sollen qualifiziert werden, bspw. über das Schulungskonzept des Volkshochschul-verbands.	Ganztagsschulen stärken Bildungsgerech-tigkeit und eröffnen Kindern neue Möglich-keiten zur individuellen Förderung und kreativen Entfaltung. Unser Ziel ist es, verläss-liche Ganztagsangebote zu schaffen, die über den Unterricht hinausgehen: Schulen sollen zu echten Lebensräumen werden, in denen Lernen, Spiel und Gemeinschaft selbstverständlich zusammengehören. Wir haben in den letzten Jahren massiv investiert: Mit 861 Millionen Euro fördern wir bis 2029 Investitionen in Infrastruktur und Aus-stattung, stellen jährlich rund 25.500 Lehrerwochenstunden bereit und fördern kommu-nale und freie Träger mit über 83 Millionen Euro jährlich. Das Land übernimmt künftig 68 % der Betriebskosten der Ganztagsbetreuung und sendet damit ein wichtiges Signal an die Kommunen. Im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruchs werden wir die Finan-zierungssystematik nochmals überprüfen. Wir unterstützen die Kommunen weiterhin als verlässlicher Partner bei investiven Maß-nahmen zur Schaffung der notwendigen Strukturen. Unser Ziel ist ein flächendeckender Ausbau von gebundenen und rhythmisierten Ganz-tagsschulen. Ein rhythmisiertes, verbindli-ches Ganztagsschulmodell kann am besten zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, holt die Schularbeiten in die Schule und ist für die Eltern kostenfrei. Der Qualitätsrahmen

		Betreuungsangeboten stellt dagegen keine zielgerichtete politische Steuerung dar, wenn tatsächlich eine Steigerung der Unterrichts-qualität erreicht werden soll. Es bedarf mehr Informations- und Überzeugungsarbeit vor Ort in den Kollegien und bei den Eltern, um die Vorteile dieses qualitativ hochwertigen Angebots auch entsprechend zu vermitteln. Gleichzeitig ist auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein wichtiger Meilenstein. Die Kinder, die Erziehungsberechtigten und die Wirtschaft sind auf einen qualitätsvollen Ganztag angewiesen – qualitativ hochwertig und zuverlässig. Daher werden wir uns für einheitliche und verbindliche Qualitätsstand-ards einsetzen. Außerdem werden wir Schulleitungen von Ganztagsschulen mit zusätz-lichen Anrechnungsstunden ausstatten, um die zusätzlichen Herausforderungen an einer Ganztagsschule und das große Aufgaben-spektrum zu berücksichtigen. Mit einem Fonds in Höhe von 20 Millionen Euro werden wir die Zusammenarbeit von Ganztagsschu-len mit Sport- und Musikvereinen fördern.		bietet dabei nicht nur Orientierung, sondern setzt landesweit verbindliche Standards. Qualität entsteht durch qualifiziertes Personal, das kontinuierlich fortgebildet und begleitet wird. Wir bauen das landesweite Unterstützungs-system mit Fachberatung, regionalen Stützpunktschulen und Fortbildungsangeboten weiter aus und stärken die Vernetzung guter Praxis. Regelmäßige Evaluationen und Schulentwicklung sichern die Qualität, damit der Ganztag ein lernendes System bleibt. Im Ganztag kommt es besonders auf eine enge und gut koordinierte Kooperation zwi-schen Lehrkräften und pädagogischen Fach-kräften an, die wir weiter stärken. Das System lebt von Vielfalt: Außerschulische Partner aus Musik, Kultur, Sport sollen ver-bindlich eingebunden werden, damit Ganz-tag ein lebendiger Lern- und Lebensraum für alle Kinder wird. Sukzessive werden wir die Schulleitungen von Ganztagsschulen, begin-nend mit den Ganztagsgrundschulen, durch administrative personelle Unterstützung ent-lasten und die Organisation der Mittagszeit an Ganztagsgrundschulen verbessern. Damit dies gelingt, müssen bei jeder Qualitäts-entwicklung die Interessen und Bedürfnisse der Kinder handlungsleitend sein. Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und Lebensort sind. Dafür fördern wir moderne Lernumgebungen mit ausreichend Platz, be-wegungsfördernden Schulhöfen und Rück-zugsräumen. Wir möchten Kindern mit festen Ruheräumen die Möglichkeit bieten, sich erholen zu können. Ein warmes und gesundes Mittagessen gehört selbstver-ständlich auch dazu - beginnend mit den Startchancenschulen wollen wir ein kosten-loses Mittagessen an allen Ganztagsschulen einführen.
6. Ressourcen für Grundschulen Grundschulen gelten weiterhin als „Stiefkinder“ der Bildungsfinanzierung. **Wie erhöhen Sie die Ressourcen spürbar (Personalschlüssel, multiprofessionelle Teams, Sozialarbeit, Doppelbesetzung, Fortbildung, Sachmittel, Raumprogramme)?**	Wir Freie Demokraten wollen die Grundschulen spürbar stärken, weil hier die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg gelegt werden. Grundschulen stehen zunehmend vor der Herausforderung, dass immer mehr Kinder mit erheblichen Defiziten in Sprache, Motorik oder sozialem Verhalten in die Schule kommen und Schule damit häufiger Aufgaben übernehmen muss, die früher im Elternhaus verankert waren. Gerade um Bildungsgerechtigkeit zu wahren und zu verhindern, dass Kinder frühzeitig den Anschluss verlieren, braucht es hier mehr Ressourcen und gezielte Unterstützung. Zugleich ist für uns klar: Schule ist kein Reparaturbetrieb sämtlicher gesellschaftlicher Fehlentwicklungen – sie muss aber reagieren können, damit kein Kind durchs Raster fällt. Dazu gehören eine bessere personelle Ausstattung und der Ausbau multiprofessioneller Teams, etwa durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Verwaltungsunterstützung. Lehrkräfte sollen ihre Arbeitszeit für Unterricht, Förderung und pädagogische Arbeit einsetzen können. Deshalb setzen wir uns für den Abbau bürokratischer Belastungen und für unterstützende Strukturen im Schulalltag – auch mit eigenen Personal- und Sachbudgets - ein. Darüber hinaus brauchen Grundschulen zeitgemäße Lernumgebungen mit funktionierender Ausstattung und verlässlichen Sachmitteln. Unser Ziel ist es, Grundschulen als Fundament des Bildungssystems nachhaltig zu stärken.	Die SPD fordert in einem ersten Schritt den Klassenteiler auf die Höhe von 26 Schülerin-nen und Schülern festzulegen. Für Klassen, in denen auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden, werden wir in einem ersten Schritt den Klassenteiler auf die Höhe von 22 Schülerinnen und Schülern festlegen. Die Schülerschaft an den Grundschulen ist von Heterogenität geprägt, die besondere Herausforderungen mit sich bringt. Schülerinnen und Schüler mit unterschied-lichen Voraussetzungen lernen in einer Klasse gemeinsam. Dabei können sowohl individuelle Stärken als auch Schwächen den Lernerfolg positiv sowie negativ beeinflussen. Zur gezielten Förderung ist es daher notwendig, individuelle Unterstützung anzubieten. Dazu benötigen auch die Grund-schulen ausreichend Poolstunden. Daher fordern wir, dass den Grundschulen mittelfristig acht Poolstunden zur indi-viduellen Förderung und Vermittlung der Kernkompetenzen zur Verfügung gestellt werden, um so die Qualität des Unterrichts deutlich zu verbessern und einen Beitrag zum Ziel der Bildungsgerechtigkeit zu leisten. Multiprofessionelle Teams werden wir flächendeckend an allen Schulen etablieren. Die Schulsozialarbeit leistet einen zentralen Beitrag für gelingende Bildung und Teilhabe. Wir als sozialdemokratische Partei bauen diese flächendeckend aus und sichern die Hälfte der Finanzierung durch das Land. Auch die schulpsychologische Unterstützung weiten wir aus. Perspektivisch möchten wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip umsetzen. Das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte werden wir ausbauen und eine einfachere Teilnahme ermöglichen.	Eine landesweit verlässliche Unterrichtsversorgung aller Schularten ist uns wichtig. Die Ressourcenzuweisung wollen wir stärker an den konkreten Problemlagen der Schulen und ihrer Schülerschaft ausrichten und multiprofessionelle Teams, insbesondere an Standorten in sozial benachteiligten Lagen, ausbauen.	Die Grundschule ist das Herz unseres Bil-dungssystems. Die Stärkung der Grund-schulen haben wir in der letzten Legislatur spürbar angegangen und massiv investiert, besonders dort, wo die Herausforderungen am größten sind. Ressourcen werden wir insbesondere an Grundschulen mit beson-derer Belastung weiter ausbauen: Wir stellen zusätzliche Lehrkräfte ein und bauen systematisch multiprofessionelle Teams aus, die verschiedene Professionen wie Lehrkräfte, Schulpsycholog*innen, Logopäd*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulbegleitung, pädagogische Assistenzkräfte und admini-strative Unterstützer*innen zusammenbringen. Die Schulsozialarbeit ist für uns ein wichtiger Bestandteil des Schullebens. Deshalb wollen wir die Zuschüsse des Landes zur finanziellen Unterstützung der Schulsozialarbeit er-höhen und, wie im „Pakt für Familien mit Kin-dern“ angestrebt, ein Drittel der Kosten über-nehmen. Um die Zuschussquote verlässlich stabil zu halten, wollen wir steigende Kosten zügig in der Höhe der Zuschüsse abbilden. Wir möchten die schulpsychologischen An-gebote erweitern und um präventive Ansätze, etwa durch Gruppenangebote an Schulen, ergänzen. Dafür braucht es zusätz-liche, langfristig gesicherte Stellen in der Schulpsychologie sowie zusätzliche Verwaltungsstellen. Fortbildungen sind Investitionen in Qualität und Unterstützung für die tägliche Arbeit. Wir bauen das Fortbildungsangebot für Lehrkräf-te und Schulleitungen weiter aus, um die Un-terrichtsqualität kontinuierlich zu verbessern. Schulleitungen stärken wir durch zielgerich-tete Fortbildungen für ihre Führungsaufga-ben und entlasten sie durch mehr admini-stratives

				Fachpersonal von Verwaltungsaufgaben. Für moderne Lernumgebungen för-dern wir Raumprogramme und digitale Ausstattung. Die bestehenden Mittel zur Schul-bauförderung und -sanierung haben wir dau-erhaft mehr als verdoppelt. Seit 2025 stehen jährlich insgesamt 450 Mio. Euro zur Verfügung. Für Investitionen in den Ganztagsaus-bau stellen wir bis 2029 bis zu 861 Mio. Euro bereit. Außerdem führen wir im Schulbaufför-derprogramm eine „Innovationskomponente" ein, damit Schulgebäude funktional, sicher, gesund und klimafest sind und moderne Pädagogik ermöglichen.
7. Besoldung A13 für Grundschullehrkräfte Viele Bundesländer haben die Besoldung für Grundschullehrkräfte auf A13 angehoben. Dies hat zur Folge, dass sehr gute Grundschullehrkräfte inzwischen in andere Bundesländer abwandern und viele Grundschullehrkräfte Ihre Arbeit nicht angemessen alimentiert sehen. **Ab wann führen Sie A13 in BW ein, wie wird der Stufenplan aussehen, und wie sichern Sie die Gegenfinanzierung?**	Wir Freie Demokraten wollen die Besoldung A13 für Grundschullehrkräfte schnellstmöglich einführen. Die Arbeit in der Grundschule stellt hohe pädagogische und didaktische Anforderungen und verdient eine entsprechende Anerkennung. Eine angemessene Besoldung ist zudem ein wichtiger Faktor, um Abwanderung zu verhindern und den Beruf attraktiver zu machen. Wer die Grundschule stärken will, muss die Arbeitsbedingungen insgesamt verbessern. Dazu gehören faire Bezahlung, Entlastung im Alltag und verlässliche Perspektiven. Die Einführung von A13 soll verantwortungsvoll und solide finanziert erfolgen und Teil eines Gesamtkonzepts zur Stärkung der Grundschulen sein. Die Gegenfinanzierung sichern wir durch drei Hebel: erstens Priorisierung im Bildungshaushalt (Umschichtung weg von Bürokratie und ineffizienten Programmen), zweitens Verlässlichkeit durch eine mehrjährige Finanzplanung, und drittens Effizienzgewinne durch Digitalisierung und Entlastung der Schulen von Verwaltungsaufgaben. Damit verbinden wir höhere Besoldung mit strukturellen Reformen, sodass Baden-Württemberg sowohl leistungsorientiert als auch finanziell solide bleibt.	Wir werden A13 für Grundschullehrkräfte so schnell wie möglich einführen und die Finanzierung im Haushalt festschreiben. Aus der Sicht der SPD leisten unsere Grundschul-lehrkräfte hervorragende Arbeit und begleiten die Schülerinnen und Schüler auf ihrem wichtigen ersten Schulabschnitt. Diese Arbeit ist vielfältig und in den vergangenen Jahren von einem erweiterten Aufgaben-spektrum begleitet. Gestiegene Heterogeni-tät zum einen, Aufgaben beispielsweise in Form digitaler Unterrichtsbegleitung zum anderen, steigern die Anforderungen an die Grundschullehrkräfte. Zusätzlich hat Baden-Württemberg bezüglich der Lehrkraft-Kind-Relation im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlichen Nachholbedarf. Mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Wettbewerb zwischen den Bundesländern muss deshalb eine entsprechende Eingruppierung in die Besoldungsgruppe A 13 erfolgen.	Die CDU-Fraktion sieht eine Aufstiegsper-spektive nach A13 für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt Grund- und Hauptschule, die überwiegend in der Sekundarstufe unterrichten, als prioritär. Dort belasten Unterschiede in der Besoldung die Zusammenarbeit im Kollegium. Eine Aufstiegsperspektive für alle Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen in A 12 und E 11 würde laut Kultusministerium einen jährlichen Mehrbedarf in unterer bis mittlerer dreistelliger Millionenhöhe erfordern, der im Landeshaushalt abzubilden wäre.	Die Grundschule ist der Ort, an dem die ent-scheidende Basis für den weiteren Bildungs-weg aller Kinder gelegt wird. Deshalb werten wir die Arbeit der Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13/ E13. Grundschullehrer*innen leisten genauso wertvolle Arbeit wie Lehrkräfte der Sekun-darfstufen und sie verdienen deshalb auch finanziell die gleiche Wertschätzung. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, son-dern auch eine Frage der Attraktivität des Berufs. Wenn wir über Lehrkräftemangel klagen, dann müssen wir auch bereit sein, den Beruf attraktiver zu machen. Das derzeitige Grundschullehramtsstudium von acht Semestern bildet die Breite der Herausforderungen des Lehrkräftealltags noch nicht ausreichend ab. Wir setzen uns daher dafür ein, die Studiendauer auf zehn Semester zu verlängern. So können fach-liche, didaktische und pädagogische Kom-petenzen gestärkt und zusätzlich ein drittes Unterrichtsfach integriert werden. Mit der Verlängerung des Studiums schaffen wir die Grundlage für eine angepasste Besoldung: Eine Einstufung von Grundschullehrkräften in A13 ist aus unserer Sicht folgerichtig. Für bereits tätige Lehrkräfte sollen zusätzliche Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote eine Höhergruppierung ermöglichen. Unser Ziel ist, den Beruf der Grundschullehrkraft attraktiver zu machen, die Ausbildung quali-tativ zu verbessern und damit langfristig die Bildungsqualität an Grundschulen zu sichern. Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine klu-ge Priorisierung im Landeshaushalt. Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft. Investitionen in Grundschullehrkräfte zahlen sich mehrfach aus: durch bessere Bildungsergebnisse, geringere Folgekosten und durch die Attraktivitätssteigerung des Berufs, die uns hilft, den Lehrkräftemangel zu bekämpfen. Darüber hinaus stärken wir die Professionalisierung durch kontinuier-liche Fortbildung und halten flexible Arbeits-modelle wie Teilzeitmöglichkeiten offen, um Lehrkräften die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und persönlichen Bedürfnissen zu erleichtern.
8. Sekundarstufensystem & Selektion BW leistet sich ein breit gefächertes, stark selektives Sekundarstufensystem. **Welche Struktur- und Steuerungsreformen planen Sie (Schularten, Übergänge, Kooperationen, regionale Schulentwicklung, Ganztag, Abschlusssystematik)?**	Wir Freie Demokraten stehen für ein vielfältiges, differenziertes und leistungsorientiertes Schulwesen mit klaren Profilen, hoher Durchlässigkeit und individuellen Fördermöglichkeiten. Wir lehnen ideologisch motivierte Einheitssysteme ab und setzen stattdessen auf Vielfalt und Qualität. So kann jedes Kind auf Grundlage seiner individuellen Stärken und	Die SPD steht für ein Zwei-Säulen-System. Das gesamte Bildungssystem und beson-ders die Schulstrukturen müssen sich daran messen lassen, ob sie heute und in Zukunft ihre zentrale Aufgabe erfüllen: Jedes Kind und jeden Jugendlichen zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und fit zu machen für eine selbstbestimmte und erfolgreiche Zukunft. Aber das	Die CDU-Fraktion steht für ein gegliedertes allgemeinbildendes Schulsystem mit klar profilierten Schularten sowie Schulen mit spezifischem Profil. Gymnasien, Realschulen sowie Werkreal- und Hauptschulen, kooperative Modelle und Gemeinschafts-schulen sichern Vielfalt sowie begabungs-gerechte Förderung. Um die kognitive Heterogenität der Schülerschaft an den weiterführenden Schulen zu reduzieren, führen wir eine	Wir stehen vor besonderen Herausforde-rungen: Auf die zunehmend vielfältigeren Bedürfnisse unserer Schüler*innen hat die Bildungspolitik zu zögerlich reagiert. Mit den Bildungsreformen zum Schuljahr 2025/2026 haben wir die weiterführenden Sekundarschulen bereits weiterentwickelt. Daran werden wir anknüpfen und mit einer

	Entwicklungsperspektiven die jeweils passende Schulart besuchen. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb ausdrücklich für den Erhalt unseres vielfältigen und differenzierten Schulwesens ein. Ein Einheitsschulsystem ebenso wie ein zwangsweise verordnetes Zwei-Säulen-System, das nur noch zwei weiterführende Schularten kennt, würde bewährte Schularten wie die Werkrealschule und die Realschule verdrängen. Damit Übergänge gerecht, transparent und pädagogisch fundiert erfolgen, setzen wir uns für eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten ein. Sie bietet Eltern und Kindern eine verlässliche Orientierung auf Basis einer professionellen pädagogischen Einschätzung und trägt dazu bei, Fehlentscheidungen zu vermeiden. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Bildungswege offenbleiben und Wechsel möglich sind, denn für uns Freie Demokraten gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Regionale Schulentwicklung, Kooperationen zwischen Schularten und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote können zusätzlich dazu beitragen, das System weiterzuentwickeln, ohne es durch ständig neue Strukturreformen zu verunsichern.	in Baden-Württemberg bis heute erhaltene Konzept einer dreigliedrigen Schulstruktur ist schon lange keine ausreich-ende Antwort mehr für diese Aufgabe und die auch durch den gesellschaftlichen Wan-del entstandenen Herausforderungen. Das inzwischen nicht mehr gegliederte, sondern eher zergliederte Schulsystem verursacht getrennte Bildungs- und Entwicklungsmilieus. Das widerspricht dem von der Landesverfassung (Art.11 Abs.1) geforderten Ziel der Bildungsgerechtigkeit. Die Anforderungen an unser Schulsystem dulden keine stillgelegten Baustellen, sie bedürfen mehr als nur Provisorien und Notbehelfe. Wir brauchen ein Schulsystem, das zukunftsfähig und leistungsfähig ist. Weil in einem solchen Schulsystem alle Schularten ineinandergreifen, muss eine solche Reform auch alle Schularten berücksichti-gen. Aus der Zusammenführung der Hauptschule, der Werkrealschule, der Realschule und den Gemeinschaftsschulen möchten wir deshalb perspektivisch eine neue Sekundarschulart einrichten. Die andere Säule wird weiterhin das Gymnasium bilden. Beide Säulen sind gleichwertig und ermöglichen den Weg zum Abitur. Die neue Schulart bietet aber auch den Hauptschulab-schluss und den Mittleren Abschluss an. Ziel ist dort, Schritt für Schritt einen individuell abgestimmten Weg und den passenden Abschluss zu ermöglichen. Der gymnasiale Pfad ist möglich, aber nicht alternativlos vorgegeben.	Grundschulempfehlung nach dem Modell „2 aus 3“ für alle Schularten ein. Das Kriterium der Mindestschülerzahl von 16 in Klasse 5 (§ 30b SchG) ersetzen wir durch eine Durchschnittsbetrachtung über die Sekundarstufe I. Zugleich erleichtern wir kooperative Ver-bünde zwischen Realschule sowie Werkreal- und Hauptschulen. Wo geografische Gegebenheiten keine Kooperation zulassen, kann eine Realschule bei ausreichender Nachfrage einen eigenständigen G-Zug einrichten. Wir stärken die berufliche Orientierung und verzahnen - wo örtlich möglich - die Berufsorientierung auch enger mit dem beruflichen Schulsystem. Wir bauen KoNet aus. Wir fördern Profile und bilinguale Züge.	Enquete-Kommission des Landtags und mit unserer Politik des Gehörtwerdens einen breiten evidenz- und wissenschaftsbasierten Dialog führen. Dabei sollen grundlegende Fragen zur Entwicklung der Bildungsqualität, der Chancengerechtigkeit und zur Weiterent-wicklung einer langfristig stabilen übersicht-licheren Schullandschaft diskutiert werden. Wir wollen dazu Schüler*innen, Eltern, Wis-senschaftler*innen, Lehrkräfte, die Schulträ-ger und Vertreter*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbinden. Unser Ziel ist es, die Schullandschaft in Baden-Württemberg übersichtlicher und zukunftsfest aufzustellen. Wir schaffen eine faire und transparente Ressourcenzuweisung in allen Schularten, die sich am Aufgabenprofil und an den Rahmenbedingungen wie Schüler*innenzahl und der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft orientiert. In einigen Landkrei-sen haben wir bereits erfolgreiche Pilotpro-jekte zu einer passgenaueren Ressourcenzuweisung auf den Weg gebracht. Auf diese positiven Erfahrungen können wir aufbauen. Die regionale Schulentwicklung sorgt für pädagogisch leistungsfähige Schulstandorte. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei eine gute pädagogische Qualität, eine Politik des Dialogs, ein nachhaltiger Mitteleinsatz und Stabilität. Rund 800 öffentliche Grundschu-len im Land haben weniger als 100 Schüler-innen und Schüler. Um wohnortnahe Grundschulstandorte in allen Regionen unseres Landes zu erhalten und ihre Qualität zu sichern, ist es zu begrüßen, wenn sich Kommunen und Schulen vor Ort neuen Konzepten öffnen, die über bisherige institutio-nelle Lösungen hinausgehen. Damit auch ein familienfreundliches Umfeld auf dem Land erhalten wird, sind innovative Konzepte und Ideen notwendig. Kooperationen oder klassenübergreifende Lernformen können hier mögliche Schritte sein. Auch der Zusam-menschluss mehrerer Standorte unter einer Leitung, bei gleichzeitigem Erhalt der einzel-nen Standorte als Zweigstellen, kann eine geeignete Maßnahme für den Erhalt wohnortnaher Standorte sowie ein Beitrag zur Sicherung der Qualität sein. Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ muss dabei weiterhin Beachtung finden, genauso wie Kooperationsmöglichkeiten über mehrere Schulträger hinweg.
9. Enquête-Kommission & Bürgerräte Bildung Angesichts alarmierender Ergebnisse von Leistungsstudien: **Setzen Sie sich für die zeitnahe Einsetzung einer Enquête-Kommission ein, flankiert durch Bürgerräte Bildung, um BW’s Bildungssystem ohne Denkverbote neu zu denken? Mit welchem Mandat, Zeitplan und Umsetzungsverbindlichkeit?**	Wir Freie Demokraten sehen den Handlungsbedarf im Bildungssystem sehr deutlich. Entscheidend ist für uns, dass Reformen praxisnah, evidenzbasiert und verlässlich umgesetzt werden. Statt dauernder Grundsatzdebatten setzen wir auf einen breiten Schulfrieden und eine gemeinsame Verantwortung für bessere Bildungsqualität. Beteiligungsformate können sinnvoll sein, wenn sie zu konkreten, umsetzbaren Ergebnissen führen und nicht bei unverbindlichen Empfehlungen stehen bleiben. Maßstab bleibt für uns stets die Frage, ob Maßnahmen den Schulalltag verbessern, Lehrkräfte entlasten und die Qualität von Unterricht und Förderung erhöhen.	Der Einsetzung einer Enquete-Kommission stehen wir offen gegenüber. Allerdings müssen dabei alle wichtigen bildungspoli-tischen Player eingebunden werden und auch verbindliche Umsetzungsschritte vereinbart werden. Die SPD hat sich bereits in der aktuellen Legislaturperiode für eine fraktionsüber-greifende Bildungsallianz eingesetzt, die durch fehlendes Interesse der grün-schwarzen Landesregierung an einer Zusammenarbeit von uns beendet wurde.	Reformen verfolgen wir mit Maß: Unterrichtsqualität hat Vorrang vor Strukturdebatten, Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Ein Maßstab ist der Mehrwert für das Bildungsniveau.	Die Ergebnisse aktueller Leistungsstudien sind ein Weckruf: Unser Bildungssystem braucht einen ehrlichen, parteiübergreifen-den Neuanfang. Wir Grünen setzen uns entschieden für eine Enquête-Kommission „Bildung der Zukunft" ein. Ziel ist eine offene, wissenschaftlich fundierte Analyse ohne Denkverbote – von Strukturfragen über Übergänge bis hin zu Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Ergänzend fordern wir Bürger-räte Bildung in allen Regionen des Landes, damit Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innen und Expert*innen gemeinsam Zukunftswege entwickeln. Die Enquête-Kommission soll Schüler*innen, Eltern, Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte, Schulträger und Vertreter*innen der Wirt-schaft und Zivilgesellschaft einbinden. Grundlegende Fragen zur Entwicklung der Bildungsqualität, der Chancengerechtigkeit und zur Weiterentwicklung einer langfristig stabilen, übersichtlicheren Schullandschaft werden diskutiert. Unsere Politik des Gehörtwerdens bleibt damit Kern grüner Bildungspolitik, weil Reformen nur gelingen, wenn sie gemeinsam gestaltet werden.

10. Lehrkräftebildung & verkürzter Master Gerade die Grundschule stellt besondere pädagogische, didaktische und diagnostische Anforderungen. Akkreditierungsagenturen und wissenschaftliche Kommissionen kritisieren den in BW auf zwei Hochschulsemester verkürzten Master und die insgesamt verkürzte Ausbildungsdauer, weil zentrale Ausbildungsinhalte nicht mehr hinreichend vermittelbar seien. **Was tun Sie konkret, um die Ausbildungsqualität zu sichern (Masterdauer, Praxisphasen, Professionalisierungsmodule, Akkreditierungsvorgaben, Finanzierung) – und bis wann? Wie planen Sie eine Verbesserung des Praxisbezugs des Grundschullehramtstudiums?**	Wir Freie Demokraten setzen in der Lehrkräftebildung klar auf Qualität. Wir erkennen an, dass das derzeitige Grundschullehramtsstudium in Baden-Württemberg aufgrund der verkürzten Masterdauer und Gesamtausbildungszeit zentrale pädagogische und diagnostische Inhalte nicht immer ausreichend vermitteln kann. Deshalb setzen wir uns für eine Verlängerung der Regelstudienzeit auf 9–10 Semester ein, um Fach-, Fachdidaktik- und Bildungswissenschaften besser abzudecken. Gleichzeitig sollen die Praxisphasen deutlich ausgebaut werden, denn ein dreiwöchiges Orientierungspraktikum und ein 12-wöchiges Semesterpraktikum sehen wir als unzureichend an. Begleitet werden sollen die Praktika durch erfahrene Lehrkräfte und Hochschulbetreuung. Zusätzlich sollen duale Modelle als freiwillige Ergänzung angeboten werden, um Praxis und Studium eng zu verzahnen, ohne das Grundmodell zu ersetzen. Auch der Vorbereitungsdienst muss qualitativ überzeugen und gute Begleitung bieten. Unser Ziel ist eine Lehrkräfteausbildung, die den Anforderungen des Schulalltags gerecht wird und den Beruf langfristig attraktiv macht. Um eine Erhöhung der Lehrkräfte an Grundschulen zu garantieren, setzen wir uns für die Abschaffung des NCs an pädagogischen Hochschulen ein.	Eine höhere Einstufung der Grundschullehr-kräfte sollte mit einem Zuwachs an Qualität und damit einer entsprechenden Qualifi-zierung einhergehen. Es gilt zu überprüfen, inwieweit neue pädagogische Anforderungen wie die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Aufgaben der Integration und die Gestaltung von Angeboten der Ganztagsschule ausreichend in den Studiengängen berücksichtigt werden. Daher muss eine Anpassung der Studienzeit geprüft werden. Die Studienkapazitäten müssen zudem weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die SPD strebt an, Praxisphasen im Lehramtsstudium auszu-bauen. Außerdem werden wir Unterstützungsmaßnahmen und Vorsorgeangebote für angehende Lehrkräfte erweitern.	Die CDU-Fraktion möchte eine Lehreraus-bildung mit mehr Praxisbezug. Die Studienanfängerplätze für Lehrkräfte müssen bedarfsgerecht sein – nach Lehrämtern und Unterrichtsfächern. Studiengänge und Vorbe-reitungsdienst wollen wir stärker an den heutigen Herausforderungen ausrichten - gezieltes Mentoring unterstützt hierbei den Berufseinstieg. Ein Zehn-Semester-Studium für das Lehramt Grundschule ist zu prüfen, sowohl mit Blick auf das bestehende Masterstudium, als auch mit Blick auf die Stärkung des Klassenlehrer-prinzips und der Fachlichkeit (ggf. Studium dreier Fächer, darunter mindestens ein Kernfach). Für den Ausfall eines Studienjahrgangs wäre Vorsorge zu treffen.	Die praxisnahe Ausbildungsqualität unserer Lehrkräfte ist entscheidend für die Qualität von Schule und Unterricht. Wir setzen uns deshalb für eine Verlängerung des Masters auf vier Semester ein und wol-len den Praxisanteil deutlich ausbauen. Wir haben ein Modellprojekt für ein duales Lehr-amtsstudium an zunächst drei Standorten (Stuttgart, Freiburg, Karlsruhe) gestartet, in dem Theorie und Praxis gleichgewichtig ver-zahnt werden. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. Angehende Lehrer*innen können so schon früh im Stu-dium wertvolle Unterrichtspraxis sammeln. Dieses Modell möchten wir zeitnah evaluieren und flächendeckend einführen. Im Lehramtsstudium wollen wir reflektierte Praxisanteile, wie beispielsweise durch das Projekt „Lehr:Werkstatt", stärken, etwa durch längere Praxisphasen in inklusiven Grund-schulen, begleitet von Professionalisierungs-modulen mit Mentoring und Reflexion. Wir verbinden dies mit klaren Akkreditierungsvor-gaben und einer verlässlichen finanziellen Grundlage, damit Qualität und Praxisbezug der Ausbildung nachhaltig gesichert werden. Studienplätze für das Grundschullehramt haben wir deutlich ausgebaut. Im Referendariat sollen Lehramtsanwärter*innen gut auf ihren anspruchsvollen Beruf vorbereitet und motiviert werden, diesen auch tatsächlich zu ergreifen. Wir werden die Einführung eines zweiten Einstiegstermins in das Referen-dariat zur Jahresmitte prüfen, um Übergänge planbarer und familienfreundlicher zu gestalten. Um die verschiedenen Anforderungen des Lehrerberufs besser abbilden zu können, wollen wir die Prüfungskultur im Referendariat weiterentwickeln und neue Prüfungsfor-mate einführen. Wir evaluieren außerdem die Fächerkoordination in Lehramtsstudien-gängen, etablieren Begleitprogramme für das Referendariat und überprüfen die Bedingungen für die berufsbegleitende Weiterbildung von Lehrkräften.
11. Digitale Bildung, KI & individuelle Förderung Digitale Medien und KI eröffnen neue Möglichkeiten für adaptive Förderung beim Erwerb der Basiskompetenzen. **Welche Landesstrategie verfolgen Sie, damit BW am Ende Ihrer Legislatur messbar vorangekommen sein wird (Curricula, Fortbildungs-Offensive, Infrastruktur/EdTech-Beschaffung, Lernstanddiagnostik, Ethik & Datenschutz, Wirksamkeitsmessung)?**	Wir fordern eine Modernisierung der Curricula, insbesondere durch die stärkere Verankerung von Informatik-, Medien- und Wirtschaftskompetenzen. Grundlage dafür ist eine landesweit abgestimmte Digitalstrategie für Bildung, die klare Ziele, verbindliche Standards und eine verlässliche Umsetzung über alle Schularten hinweg vorgibt. Wir setzen auf eine systematische Fortbildungsoffensive, damit Lehrkräfte digitale und mediendidaktische Fähigkeiten nachhaltig und praxisnah erwerben können. Zugleich fordern wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit klaren, praxistauglichen Datenschutzstandards sowie geprüften, rechtssicheren EdTech-Tools. Besonders beim digitalen Arbeitsplatz setzen wir uns für eine deutlich bessere Nutzbarkeit ein. Digitalisierung bedeutet für uns nicht nur die Bereitstellung von Technik, sondern vor allem die Einführung sinnvoller, verständlicher und zielgerichteter Anwendungen, die den Arbeitsalltag der Lehrkräfte spürbar erleichtern. Wir Freie Demokraten wollen digitale Bildung so gestalten, dass sie im Schulalltag tatsächlich wirkt. Dazu braucht es eine verlässliche Infrastruktur ebenso wie professionelle Unterstützung, damit Lehrkräfte nicht zusätzlich durch technische Aufgaben belastet werden. Digitale Anwendungen und perspektivisch auch Künstliche Intelligenz können dazu beitragen, Lernstände besser zu erfassen und individuelle Förderung zu stärken. Voraussetzung dafür sind klare pädagogische Leitlinien, Datenschutz und ein	Aus der Perspektive der SPD sind mit dem Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht neue, wertvolle Möglichkeiten der Vermitt-lung von Wissen entstanden. Recherchen über das Internet sind heute ebenso selbstverständlich wie die Verwendung diverser Lern-Apps. Daher ist es wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte an der Schule Zugriff auf ein digitales Endgerät haben. Perspektivisch müssen digitale Endgeräte in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Genauso notwendig ist eine funktionierende und datenschutzkonforme Bildungsplattform. Bei beidem hat Baden-Württemberg noch großen Nachholbedarf. Zudem müssen Schulen über eine zuverlässige digitale Infrastruktur, IT-Fachkräfte und pädago-gische Konzepte verfügen und Lehrkräfte müssen gezielte Fortbildungen zur digitalen Didaktik erhalten. Medienbildung ist kein Extra, sie ist ein Grundpfeiler moderner Allgemeinbildung. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, Lerninhalte, ohne die Zuhilfenahme digitaler Endgeräte zu vermitteln – es braucht ein sinnvolles Gleichgewicht. Für die private Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen gilt für die SPD daher: Wir setzen uns für ein gesetzlich festgeschriebenes Verbot der privaten Nutzung digitaler Endgeräte wie Smartphones an Schulen in den Klassenstufen 1- 6 ein. Die SPD setzt sich zudem für einheitliche Regelungen zur Nutzung von KI im Unterricht ein. Der Einsatz von KI an Schulen kann Lerninhalte beispielsweise anschaulicher darstellen, auf	Wir möchten sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler über altersangemessene mediale und digitale Kompetenzen verfügen. Wir klären zwischen Land und Kommunen die Zuständigkeiten für Endgeräte, Wartung und Support und definieren dabei Mindest-standards – auch mit Blick auf den Digitalpakt Schule des Bundes. Lehrkräfte qualifizieren wir gezielt und wir verankern digitale Didaktik im Fachunterricht. Zudem möchten wir daten-schutzkonforme Nutzung pädagogisch sinn-voller KI-Assistenzsysteme ermöglichen. Jede Schule soll über einen Glasfaseranschluss verfügen. Das Innovationsprogramm „Digitale Schule“ führen wir mit Bausteinen wie 3D-Erleben, Robotik in der Grundschule und Computational Thinking fort.	Digitale Bildung ist Querschnittsthema und gesellschaftliche Aufgabe. Wir haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung" an allen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt und werden damit Informatik-bezogenes Denken und Medienbildung als fächerübergreifende Leitperspektiven in Lehrpläne integrieren und kontinuierlich weiterentwickeln. Dafür stär-ken wir die Medien- und Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen und die Zusammenarbeit zwischen Schule und auß-erschulischer Medienpädagogik. Lehrkräfte werden durch das im Herbst 2024 gegründete KI-Zentrum Schule durch viel-fältige Informations- und Fortbildungsangebote sowie die Bereitstellung konkreter An-wendungen unterstützt. So können Lehrkräf-te z.B. seit Juli 2025 in der digitalen Bil-dungsplattform SCHULE@BW die von InnoLab_bw entwickelte KI-Anwendung F13 nutzen. Die bereits laufende Nachqualifizierung der vorhandenen Fachkräfte beobachten wir laufend und verbessern diese kontinuierlich. Wir setzen uns für einen neuen Weg in das Lehramt für Medienpädagog*innen ein und entwickeln dafür neue Fachstandards. Wir wollen junge Menschen über die Funk-tionsweise von KI und ihre Chancen und Risiken aufklären und so eine KI-Mündigkeit aller Schüler*innen erreichen. Problemlösen und algorithmisches Denken werden von Beginn an gefördert und digitale Formate sowie der reflektierte Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützen die

	verantwortungsvoller Umgang mit neuen Technologien. Unser Anspruch ist messbarer Fortschritt durch bessere Ausstattung, gezielte Fortbildung und praxistaugliche Konzepte.	unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten Rücksicht nehmen und zielgerichteter auf die Bedürfnisse hinsichtlich unterschiedlicher Wissensstände der Schülerinnen und Schüler eingehen – Binnendifferenzierung kann so leichter gelingen. Gleichzeitig ist der Umgang mit KI bereits eine wichtige Kompe-tenz, die in Zukunft voraussichtlich noch mehr Bedeutung gewinnt – darauf muss die Schule die Schülerinnen und Schüler besser vorbereiten. Aber: KI kann und darf die Lehrkraft in keinem Fall ersetzen – die pädagogische Verantwortung ist und bleibt bei der Lehr-kraft. KI kann höchstens eine Unterstützung zur Vermittlung von Unterrichtsinhalten sein. Denn an der Schule geht es immer auch um Diskussion, Reflexion, Teamarbeit und soziale Kompetenzen – diese Fähigkeiten erlernt man am bestenim Austausch mit der Lehrkraft und den Mitschülerinnen und Mitschülern. Elementares Wissen muss zudem ohne den Einsatz von KI erlernt werden, um Ergebnisse der KI kritisch hinterfragen zu können. Umso wichtiger ist es daher auch, das kritische Denken zu stärken und Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Fake-News zu erkennen. Der Dienstherr muss sicherstellen, dass der Einsatz von KI an Schulen regel- und datenschutzkonform möglich ist. Dafür müssen Programme und Hilfsmaterialien vom Land zur Verfügung gestellt werden.		individuellen Lernprozesse. Wir fördern mit dem Digitalpakt 2.0 des Bun-des und eigenen Landesmitteln, für die wir im Landeshaushalt Vorsorge getroffen ha-ben, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und wollen die Mittelvergabe bürokratiearm gestalten: Schulen benötigen stabile WLAN-Netze, moderne Endgeräte und pädagogisch einsetzbare Plattformen. Gemeinsam mit den zuständigen Schulträgern wollen wir Wege finden, um dauerhaft mehr IT-Fachkräfte an die Schulen zu bringen, die nicht nur repa-rieren, sondern begleiten. Die Bibliotheken sowie die Kreis- und Landesmedienzentren stärken wir in der Fläche und vernetzen sie stärker mit zivil-gesellschaftlichen Akteuren, um ihre Rolle als Backbone der digitalen Bildungsinfrastruktur zu festigen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch das Medienzentrengesetz reformieren. Baden-Württemberg hat bei der datenge-stützten Schulpolitik viele wichtige Schritte gemacht. Mit der Bildungs-ID schaffen wir einen wichtigen Baustein für eine zielgenaue Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit und nehmen die Breite der Bildungskarriere in den Blick. Gleichzeitig setzen wir auf eine datengestützte Schul- und Unterrichtsent-wicklung.
12. Medienerziehung & Elternarbeit Kinder wachsen zuhause oft unter starkem Einfluss digitaler Medien auf. **Welche Maßnahmen planen Sie, um über Grundschulen alle Eltern systematisch zu erreichen und über Risiken, Schutzfaktoren und verbindliche Medienerziehungs-Bausteine zu informieren (Verbreitung landeseinheitlicher Materialien, Elternkurse, mehrsprachige Angebote, Kooperation mit LMZ/ KMZ/Jugendhilfe)?**	Wir Freie Demokraten verstehen Medienerziehung als zentrale Bildungsaufgabe, die früh beginnen muss. Kinder wachsen in einer digitalen Lebenswelt auf, deshalb ist es wichtig, dass Schulen Medienkompetenz systematisch vermitteln und Eltern einbeziehen. Wir wollen Eltern besser erreichen und sie über Chancen und Risiken digitaler Medien informieren. Schulen sollen dafür auf verlässliche, gut verständliche Materialien und Unterstützungsangebote zurückgreifen können. Diese Angebote müssen für Eltern niedrigschwellig sein und dürfen für die Schulen keine zusätzliche Belastung bedeuten – etwa Online-Module, die landesweit Orts- und Zeitunabhängig angeboten werden können. Ziel ist eine Medienerziehung, die Kinder schützt und befähigt und Eltern als wichtige Partner stärkt.	Für die private Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen gilt für die SPD: Wir setzen uns für ein gesetzlich festgeschriebenes Verbot der privaten Nutzung digitaler Endgeräte wie Smartphones an Schulen in den Klassenstu-fen 1- 6 ein. Aus Sicht der SPD müssen Eltern von Beginn an in die Strukturen des baden-württembergichen Bildungssystems eingebunden werden. Deshalb möchten wir die Bildungs- und Erziehungspartnerschaften als Vereinbarung zwischen Eltern und Schulen ausbauen. In der Vereinbarung sollen gegenseitige Erwartungen von Eltern und Schule sowie die jeweiligen Verantwortungsbereiche zur Unterstützung des Bildungsverlaufs von Kindern klar definiert werden. Hierzu müssen in einem ersten Schritt Informationen über das baden-württembergische Bildungssystem und Beratungsangebote für Eltern mehrsprachig zur Verfügung stehen. Um Sprachbarrieren bei Beratungsterminen und Informations-veranstaltungen zu überwinden, möchten wir einen ‚Dolmetscherpool BW' einrichten, der auch für solche Angebote zur Verfügung steht – denn Elternberatung muss auch in der Herkunftssprache möglich sein. Außerdem sollen alle Schulträger verpflichtet werden, Willkommensordner für alle neu an die Schulen gekommenen Kinder und Jugendlichen bereitzustellen. Diese sollten unter anderem individuelle Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten sowie Kultur- und Sportangebote in der Raum-schaft enthalten. Besonders Fortbildungen im Bereich der Medienbildung möchten wir ausbauen. Angebote speziell für Eltern von zugewan-derten Kindern werden wir ausbauen. Dazu gehört beispielsweise die flächendeckende	Eltern sind für die CDU-Fraktion die zentralen Bildungspartner. Wir stärken die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Familien und Bildungseinrichtungen, beginnend in den Kindertageseinrichtungen. Hierfür kann bspw. das Engagement der Elternstiftung Baden-Württemberg ausgebaut und ein runder Tisch Erziehungspartnerschaft mit den relevanten Akteuren eingerichtet werden.	Die Verantwortung für eine kindgerechte digitale Lernumgebung endet nicht am Schulausgang. Die Zusammenarbeit und Einbeziehung der Eltern ist besonders wich-tig für den schulischen Erfolg der Kinder und bringt ihn gemeinsam mit dem weiteren Netzwerk voran. Mit der gerade beschlossenen Schulgesetz-änderung geben wir den Schulen Handlungsmöglichkeiten, die Nutzung von digita-len mobilen Endgeräten altersgerecht und pädagogisch sinnvoll selbst zu regeln. Statt eines pauschalen Verbots setzen wir auf kla-re Regeln, die vor Ort gemeinsam in einem Schulentwicklungsprozess, auch unter Ein-beziehung der Eltern, erarbeitet werden. Über Grundschulen erreichen wir Eltern systematisch mit mehrsprachigen Informationsmaterialien zu Chancen und Risiken digitaler Medien, Schutzfaktoren und altersgerechter Mediennutzung. Die Landesmedienanstalt (LMZ), Kreismedienzentren (KMZ) und die Jugendhilfe sind dabei wich-tige Partner, die wir gezielt in die Elternarbeit einbinden. Wir bauen niedrigschwellige Elternkurse und Informationsabende aus, die Eltern prak-tische Hilfestellungen geben: von Bildschirmzeitregeln über Jugendschutz-einstellungen bis hin zum Umgang mit problematischen Inhalten. Diese Angebote werden mehrsprachig konzipiert, damit auch Familien mit Migrationsgeschichte erreicht werden. Über die Angebote der amtlichen Lehrkräfte-fortbildung wird die Medienkompetenz der Lehrkräfte gestärkt. Elternarbeit und Maßnahmen der Schulentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Prävention sind dabei Themenschwerpunkte.

		Ausweitung des ‚Rucksack-Projekts‘. In diesem Projekt treffen sich Eltern regelmäßig und werden mit verschieden Maßnahmen dabei unterstützt, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen. Solche Angebote müssen an allen Schulen zur Verfügung stehen. Des Weiteren möchten wir prüfen, inwiefern Sprachkurse für Eltern und speziell für Mütter, am Vormittag in der Schule umgesetzt werden können. Ein wichtiger Partner für die Umsetzung der Unterstützungsangebote muss die Elternstiftung sein. Diese soll für ihre Arbeit zusätzliche finanzielle Mittel des Landes in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr erhalten.		
13. Zukunftskompetenzen in der Grundschule Lebens- und Arbeitswelt verändern sich in den nächsten 10–20 Jahren durch KI und Digitalisierung grundlegend. **Wie stellen Sie sicher, dass Kinder heute in der Grundschule neben den Kulturtechniken auch Zukunftskompetenzen erwerben (kritisch-kreativer Umgang mit Medien/KI, Problemlösen, Kollaboration, Partizipation, Gestaltungskompetenz) – mit welchen curricularen Vorgaben, Lernumgebungen und Prüfungsformaten?**	Wir Freie Demokraten wollen, dass Grundschulen Kinder nicht nur fachlich, sondern auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken. Zukunftskompetenzen wie Problemlösefähigkeit, Kreativität, Teamarbeit, Beteiligung und ein reflektierter Umgang mit digitalen Medien sollen altersgerecht aufgebaut werden. Diese Kompetenzen dürfen keine zusätzlichen Belastungen darstellen, sondern sollen sinnvoll in Unterricht und Schulleben integriert sein. Eine breite Bildung mit Werteorientierung, kulturellen Angeboten, Bewegung und digitaler Bildung bildet dafür die Grundlage. Prüfungsformate werden aufgrund von KI zukünftig stärker den Weg zu einer Lösung abfragen als nur die Lösung selbst. Hierauf müssen Grundschullehrkräfte entsprechend vorbereitet werden. Unser Ziel ist eine Grundschule, die Kinder befähigt, sich in einer sich wandelnden Welt sicher und selbstbewusst zu bewegen.	Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des sozialen Mitein-anders. Auch wenn digitale Lernformate verstärkt Teil des Unterrichtsalltags sein werden, hat der Unterricht in Präsenz weiterhin höchste Priorität. Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens oder auch Themen wie Nachhaltige Entwicklung und digitale Mündigkeit müssen perspek-tivisch gesehen eine noch größere Rolle im Unterrichtsalltag einnehmen. Deutlich wird das auch an den Ergebnissen der Cornelsen Schulleitungsstudie von 2023, in der sich zahlreiche Schulleitungen eine stärkere Förderung von Lebenskompetenzen wünschen (vgl. Cornelsen Schulleitungs-studie 2023). Tatsächlich zeigen neue Formate des Lernens und Veränderungen in unserer Lebenswelt, dass Teile der Bildungspläne überarbeitet werden müssen. Der Schulalltag besteht aus kooperativem und individualisiertem Lernen. Eine Verzahnung beider Konzepte und aufeinander aufbauende Strukturen können flexiblere Lernzeiten ermöglichen, die auf individuelle Bedürfnisse besser eingehen. Auch partizipative Formate müssen gestärkt und ausgebaut werden. Wir benötigen hierfür nicht zwangsläufig neue Fächer, sondern müssen den Fokus auf das fächerübergreifende Arbeiten an den Schulen legen. Daher müssen jetzt Konzepte für fächerübergreifendes Arbeiten und neue Lernformate erarbeitet werden, die Lernin-halte zukünftig noch zielgerichteter vermitteln. Dazu gehört auch die Arbeit an fächer-übergreifenden Projekten, die als neue Prüfungsformen mehr Gewicht bekommen müssen. So kann die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler noch stärker gefördert und die Einbringung eigener Ideen ermöglicht werden. Da der fächerübergreifende Unterricht mehr Kommunikation des Lehrkräftekörpers erfordert und gleichzeitig auch weitere Verant-wortung auf diesen lenkt, um eigenständig neue Unterrichtskonzepte zu erarbeiten, werden Formate des Team-Teachings in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Dafür muss den Lehrkräften ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden. Zudem müs-sen die Neuerungen evaluiert und auf ihren Erfolg hin überprüft werden. Allen Schülerinnen und Schülern muss digitale Teilhabe ermöglicht werden. Digitale Lernformate sollten heutzutage selbstver-ständlich zum Schulalltag gehören, I-Pads dürfen nicht in Schulkellern verstauben. Alle Lehrkräfte sollten digitale Hilfsmittel in ihren Unterricht integrieren und daraus einen Nutzen für die Weiterentwicklung ihres Unterrichts ziehen. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass alle Lehrkräfte auf dem aktuellen Stand sind und neue digitale Entwicklungen zeitnah ihren Eingang in den Unterricht finden. Digitalisierung ist und wird zukünftig noch mehr Teil des gesellschaftl-ichen Alltags auf allen Ebenen sein. Daher ist es umso wichtiger, die Lebensrealität junger Menschen auch in den Schulen abzubilden. Schulart- und fächerübergreifend sollten digitale Lernformate Teil des Unterrichts	Die CDU-Fraktion möchte Bildung mit der Schulpraxis für die Schulpraxis gestalten. Wichtig sind praxisgerechte Maßnahmen. Diese sind zu beraten.	Digitale Mündigkeit und Zukunftskompe-tenzen sind unverzichtbar, wenn Kinder in einer zunehmend digital vernetzten und KI-geprägten Welt bestehen wollen. Für uns Grüne gehören neben den traditionellen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen auch kritisch-kreatives Denken, Medien- und KI-Kompetenz, Problemlösefähigkeit, Zusammenarbeit und Partizipation zu zentralen Bildungszielen. Diese Kompe-tenzen stärken wir systematisch in der Grundschule. Dabei achten wir auf alters- und entwicklungsangemessene Lernange-bote, die sowohl digitale Fähigkeiten ver-mitteln als auch reflektierten Umgang mit Medien und KI fördern. Zukunftskompetenzen entstehen im gemein-samen Tun: projektorientiertes Arbeiten, kollaborative Lernsettings, demokratische Beteiligung und Gestaltungskompetenz verankern wir durch längeres gemeinsames Lernen, rhythmisierte Ganztagsangebote und erweiterte Zeitfenster im Schulalltag. Diese Lernumgebungen geben Raum für interdisziplinäre Lernprozesse, kreatives Problemlösen und reale Anwendung digitaler Werkzeuge, auch im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Themen wie Nachhaltigkeit, Demokratie und sozialer Teilhabe. Gemeinsam mit multiprofessionellen Teams in Schule und Ganztag fördern wir, dass Kin-der nicht nur Wissen konsumieren, sondern selbst gestalten: mit digitalen Lernsystemen und offenen Aufgabenformaten, die Krea-tivität und kritisches Denken stärken. Zugleich bauen wir Schulbibliotheken, digi-tale Lernplattformen und hybride Lernräume als Orte des forschenden Lernens aus. Wir haben die Voraussetzungen dafür ge-schaffen, dass alle Schulen mit moderner digitaler Infrastruktur, stabilem WLAN, Breitbandanschlüssen und Geräten ausgestattet werden können und fördern weiterhin den Ausbau durch den Digitalpakt 2.0 sowie durch Landesmittel, damit technische Voraussetzungen für zeitgemäßes Lernen ge-schaffen werden. Gleichzeitig investieren wir in IT-Fachkräfte an Schulen, die pädagogisch begleiten und Lehrer*innen dort entlasten, wo Technik sonst zu administrativen Lasten führt. Für uns Grüne ist klar: Zukunftskompetenzen gehören in jede Grundschule, als integraler Teil eines chancengerechten, demokratischen Bildungssystems, das Kinder befähigt, selbstbestimmt und kritisch an der Gesellschaft von morgen teilzuhaben.

		sein. Insbesondere individualisiertes und selbst-bestimmtes Lernen kann durch digitale Lernmethoden unterstützt werden. Für solche Selbstlernphasen mit digitaler Unterstützung müssen neue Lernformate entwickelt werden.		
14. Sprachbildung & Bildungsgerechtigkeit Viele Kinder werden abgehängt, weil ihre Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichen. **Wie sieht Ihre Strategie für durchgängige Sprachbildung aus (vorschulische Förderung, sprachsensibler Fachunterricht, DaZ-Förderketten, zusätzliche Deputate, Diagnostik-Tools, Qualifizierung des Personals, Kooperation mit Kita/ Familie, flankiert durch Ganztag)? Welche Überlegungen bestehen um Kinder auch mit Unterstützung digitaler Medien in Ihrer Muttersprache zu fördern (z.B. im Mathematikunterricht), um Chancengerechtigkeit zu wahren und soziale Klüfte zu verhindern?**	Wir Freie Demokraten wollen Bildungsgerechtigkeit stärken, indem wir Sprachbildung frühzeitig und systematisch fördern. Kein Kind soll benachteiligt werden, weil sprachliche Voraussetzungen fehlen. Dafür brauchen Grundschulen verlässliche Förderangebote, geeignete Diagnostik und ausreichend Ressourcen. Sprachsensibler Unterricht, gezielte Förderketten und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule und Eltern sind zentrale Bausteine. Digitale Angebote können diese Förderung sinnvoll ergänzen. Unser Ziel ist, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft die sprachlichen Kompetenzen entwickeln können, die für einen erfolgreichen Bildungsweg notwendig sind.	Schülerinnen und Schüler sollen innerhalb der ersten zwei Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland Anspruch auf die kostenlose Teilnahme an Feriensprachkursen und Hausaufgabenhilfe erhalten. Die Maßnahmen werden durch Landesmittel finanziert. Des Weiteren werden wir in den Jahrgangs-stufen 1 bis 4 verpflichtenden Unterstützungsunterricht in Mathe und Deutsch ein-richten. An diesem müssen alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen, die in ihren Zeug-nissen in diesen Fächern die Note 4 oder schlechter aufweisen. In Klassenstufen, in denen noch keine Noten vergeben werden oder die auf andere Arten der Rückmeldun-gen setzen, müssen vergleichbare Kriterien herangezogen werden. Ausnahmeregelun-gen sind durch Konferenzbeschluss möglich. Der verpflichtende Unterstützungsunterricht soll in Form von zwei Stunden wöchentlich stattfinden und ist kostenlos. Die Angebote beginnen zweimal im Jahr nach der Zeugnis-ausgabe und sind wahrzunehmen, bis sich die Note verbessert hat. Die Nachhilfe wird über die Schule in deren Räumlichkeiten durch geeignete Personal, beispielsweise Studierende oder pensionierte Lehrkräfte, durchgeführt. Bei Bedarf kann durch Mone-tarisierung nicht besetzter Lehrkräftestellen auch externes Personal aus Nachhilfeinsti-tuten an die Schulen geholt werden, wenn mit diesen vorab eine entsprechende Vereinbarung getroffen wurde. Der Unterstützungs-unterricht muss in Rücksprache mit der Lehrkraft erfolgen, die individuelle Förderbedarfe benennt und während der Zeit der Fördermaßnahme mit der Unterstützungs-lehrkraft zur Überprüfung des Lernentwicklungsstands in regelmäßigem Kontakt steht. Hierfür ist auch der Ausbau der datenge-stützten Qualitätsentwicklung wichtig, um individuelle Unterstützungsbedarfe der Kinder und Jugendlichen rechtzeitig zu erkennen. Auch hier werden wir uns am kanadischen Modell „Children at Risk“ orientieren. Zur Akzeptanz des Angebots sollten die Erziehungsberechtigten frühzeitig eingebunden werden, damit die Förder-maßnahme im Einklang mit allen Beteiligten zum Erfolg und Verbesserungen der schulischen Leistungen führt. Aus der Perspektive der SPD müssen in den Vorbereitungsklassen mehr Personen zur Differenzierung eingesetzt werden und Ganztagesunterricht ermöglicht werden. Für die nachgehende Sprachförderung braucht es zusätzliche Ressourcen, damit die Inte-gration in die Klasse gelingen kann. Der Übergang zwischen Kindertages-einrichtung und Grundschule stellt einen wichtigen Schritt für alle Kinder und deren Eltern dar. Deshalb ist es wichtig, diesen Übergang professionell zu begleiten und zum Wohle der Kinder Entwicklungsschritte gemeinsam auszuloten. Wir fordern daher die verpflichtende Teilnahme aller Kinder an der Kooperation zwischen Kindertages-einrichtung und Grundschule. Alle Kinder sollen von der Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften, den Koope-rationslehrkräften der Grundschule und dem Gesundheitsdienst profitieren und verpflich-tend an Maßnahmen zur Lernentwicklung teilnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sprachförderung früher und intensiver an Kindertageseinrichtungen einsetzt. Dazu bedarf es – neben der Teilnahme an verbindlichen	Das einrichtungsübergreifende Sprachförderkonzept SprachFit wird umgesetzt. Mit der im Dezember 2025 vom Kultusministe-rium veröffentlichten Verordnung „Grundsätze zur Sprachbildung und Sprachförderung“ erhalten alle Schulen den Auftrag, die sprachliche Bildung und Förderung über die gesamte Bildungsbiografie hinweg fächer-übergreifend und aufeinander abgestimmt umzusetzen. Dieser Prozess ist zu begleiten und zu evaluieren. Die CDU-Fraktion legt zudem einen Fokus auf den Vorschulischen Bereich. Mit SprachFit verbinden wir die Stärkung der alltagsintegrierten Sprachbildung und -förderung, den flächendeckenden Ausbau eines Fachdiensts Sprache mit zusätzlichen Fachberatungen und die Fortschreibung des erfolgreichen Programms Sprach-KiTa. Ein Ziel ist die Implementierung eines Gesamtkonzepts Sprache im Sinne der durchgängigen Sprachbildung und -förderung, auch mit Blick auf die bestehende Konzeption Kolibri.	Zu viele Kinder starten mit massiven sprach-lichen Nachteilen in die Grundschule. Das ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem. Unsere Antwort darauf heißt SprachFit. Damit haben wir eine durchgängige und ver-bindliche Sprachförderkette von der Kita bis zum Ende der Grundschule geschaffen. Sprachförderung ist dabei verpflichtender Bestandteil früher Bildung. Das Programm wird bis zum Schuljahr 2027/28 landesweit und verbindlich ausgebaut. Dadurch stellen wir sicher, dass Kinder mit Sprachbedarf rechtzeitig erkannt und gefördert werden. Kinder mit festgestelltem Förderbedarf wer-den, noch bevor sich Defizite verfestigen und Grundschulen sie später mit hohem Aufwand kompensieren müssen, frühzeitig unterstützt. Gute Sprachbildung entlastet Grundschulen spürbar. Deshalb setzen wir bewusst schon vor der Einschulung an und führen die Förderung in der Grundschule konsequent fort: mit verbindlichen Sprachfördergruppen in Kitas, Juniorklassen, zusätzlichen Sprachförderstunden, durchgängiger sprachsensib-ler Unterrichtsgestaltung und multiprofessio-nellen Teams. Lehrkräfte werden dabei nicht allein gelassen, sondern durch pädagogische Assistenz, Fachkräfte für Sprachbil-dung und Sozialarbeit unterstützt. Auch die Stärkung der Elternarbeit ist dabei eine wich-tige Komponente. Um alle Kinder vor dem Schulstart fördern zu können und Eltern finanziell zu entlasten, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kita-Jahr einführen. Mehrsprachigkeit sehen wir als Stärke. Er-folgreiche Modelle aus anderen Ländern zei-gen, dass die Einbeziehung und Wert-schätzung der Herkunftssprachen den Erwerb der Bildungssprache stärken. Daran wollen wir anknüpfen. Mit SprachFit bieten wir Lernkurse unter Einbeziehung der Her-kunftssprache an. Auch digitale Lernan-gebote und KI-gestützte Anwendungen kön-nen Kinder, etwa im Mathematikunterricht, dabei unterstützen, fachliche Inhalte auch über ihre Herkunftssprache zu erschließen. Das stärkt das Fachlernen und beschleunigt den Erwerb der Bildungssprache Deutsch, statt ihn zu behindern. Ressourcen verteilen wir gezielt: Mit dem Startchancenprogramm und einem datenba-sierten Sozialindex sorgen wir dafür, dass Schulen in besonders herausfordernden Lagen mehr Zeit, mehr Personal und mehr Unterstützung erhalten. Das Startchancen-programm wollen wir gemeinsam mit dem Bund auch auf Kitas ausweiten. Der Fachkräftemangel ist bundesweit eine Herausforderung. Auch für SprachFit gilt es, ausreichend und gut qualifiziertes Personal zu finden. Die Landesregierung hat daher Maßnahmen ergriffen: am Zentrum für Lehrerbildung (ZSL) ist bereits eine Fort-bildung für neue Sprachförderkräfte ge-startet. Auch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung bietet ein Qualifizierungs-programm für die Begleitung in Kitas an. Wer Bildungsgerechtigkeit will, kommt am Ausbau qualitativ guter Ganztagsangebote nicht vorbei. Ganztag ist für uns kein Betreuungsprogramm, sondern schafft Zeit für individuelle Förderung, Sprachpraxis, Übung und Beziehung. Gerade Kinder, die diese Unterstützung zu Hause nicht bekom-men können, profitieren enorm von hoch-wertigen

		Sprachfördergruppen – auch eines Ausbaus der alltagsintegrierten Sprachförderung. Dies kann auch die An-fertigung eines Entwicklungsberichts im letzten Kindergartenjahr beinhalten, der vom betreuenden pädagogischen Personal angefertigt und von der Kita-Leitung an die Grundschule weitergegeben werden muss. In diesem sollen Entwicklungsschritte und individuelle Förderbedarfe festgehalten werden. Dadurch soll der aufnehmenden Grundschule die Möglichkeit gegeben werden, auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes von Beginn an einzugehen und gegebenenfalls Fördermaßnahmen schon zu Beginn des 1. Schuljahres einzuleiten. Für die gelingende Kooperation zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule sollten pro Schule mehrere Kooperations-lehrkräfte ausgewiesen werden. Alle Lehrkräfte, die an der Kooperationsarbeit zwischen Schule und Kindertageseinrichtung beteiligt sind, sollten zusätzliche Anrechnungsstunden erhalten.		Ganztagsangeboten. Unser Anspruch ist klar: Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Durch verbindliche Sprachförderung, gezielte Unterstützung der Kitas und Grundschulen und starke Ganztagsstrukturen sorgen wir dafür, dass jedes Kind die Chance bekommt, sein volles Potenzial zu entfalten.